

Gastkommentar

Nachhaltiges Investieren – ein Megatrend? Nein, der neue Standard!

Laut einer aktuellen Studie von J.P. Morgan AM, welche bei 1000 Personen in Deutschland durchgeführt wurde, gaben rund 75 % der befragten Personen an, das Thema Nachhaltigkeit zumindest teilweise in ihren Portfolios verankert zu haben. Mehr als zwei Drittel der Befragten wünschen zudem, dass das Verhältnis zwischen Nachhaltigkeit und Ertrag ausgerichtet Investments im Zweifelsfall mindestens ausgewogen oder gar zugunsten von Nachhaltigkeit ausfallen soll. Auch bei institutionellen Investoren zeigt sich gemäss einer Studie von Mercer im Jahr 2021 ein ähnliches Bild. Rund 76 % der Befragten gaben an, ESG-Themen in ihre Anlageentscheide miteinzubeziehen. Die Studie umfasste 850 institutionelle Anleger mit einem Gesamtvermögen von rund einer Billion Euro.

Ein Zufall? Wohl kaum. Mit Verabschiedung des EU-Aktionsplans zum Thema «Sustainable Finance» im Jahre 2018 wurde die Basis für eine Regulierung von Finanzmarktakteuren sowie grösseren Unternehmen (mehr als 500 Mitarbeitende) rund um das Thema «Nachhaltigkeit» geschaffen. Seit Mai 2022 sind diese auch in Liechtenstein angehalten, die Bestimmungen aus dem EWR-Finanzdienstleistungs-Nachhaltigkeits-Durchführungsgesetz (kurz EWR-FNDG) umzusetzen. Dabei wird ein Finanzunternehmen zukünftig auch hierzulande die Frage

«Nachhaltig zu agieren kann selbst aus rein kapitalistischen Gründen ein zentrales Thema sein.»

Markus Büchel
Mitglied des Vorstands der Vereinigung liechtensteinischer gemeinnütziger Stiftungen und Trusts e. V.

nach Nachhaltigkeitspräferenzen im Rahmen der Anlegerberatung stellen (MiFID II). Ein kluger und wirksamer Schachzug auch für den Typ Investor, welcher nicht von klein auf mit dem Thema Klimawandel und Co konfrontiert war und eine stärkere Begleitung und Beratung sowie eine erhöhte Transparenz rund um das Thema Nachhaltigkeit erwartet.

Ein weiterer Grund liegt darin, dass naturgemäss ein Vermögenstransfer zwischen alter und neuer Generation stattfindet. Wenn man dabei berücksichtigt, dass laut einer

weiteren Studie von MSCI aus dem Jahre 2020 knapp 95 % der Millennial-Investoren an nachhaltigen Investments interessiert sind und in den nächsten Jahren der beträchtliche Vermögenstransfer der Baby-Boomer-Generation zu den Millennials fortgeführt wird, kann diese Regulierung durchaus als Win-win-Konzept sowohl für Anleger, die Unternehmen selbst wie letztlich natürlich auch für Mensch, Natur und Umwelt verstanden werden.

Glaubt man an das Prinzip von Angebot und Nachfrage, so wird sich der Megatrend des nachhaltigen Investierens zu einem neuen Standard entwickeln und den vermeintlichen Zielkonflikt zwischen Nachhaltigkeit und Performance eliminieren. Zahlreiche Studien belegen schon heute, dass Nachhaltigkeitsindizes in Sachen Performance den traditionellen Indizes keineswegs nachstehen. Im Gegenteil.

Die Transformation wird sich unaufhaltsam ihren Weg bahnen. Nachhaltig zu agieren kann selbst aus rein kapitalistischen Gründen ein zentrales Thema sein. Durch die erhöhten Transparenzanforderungen, die detailliertere Datenbasis sowie dem gestiegenen Marktdruck werden Implementierungen von Nachhaltigkeitsaspekten auf Unternehmensebene vermehrt auch aus Eigeninteresse vollzogen, um so

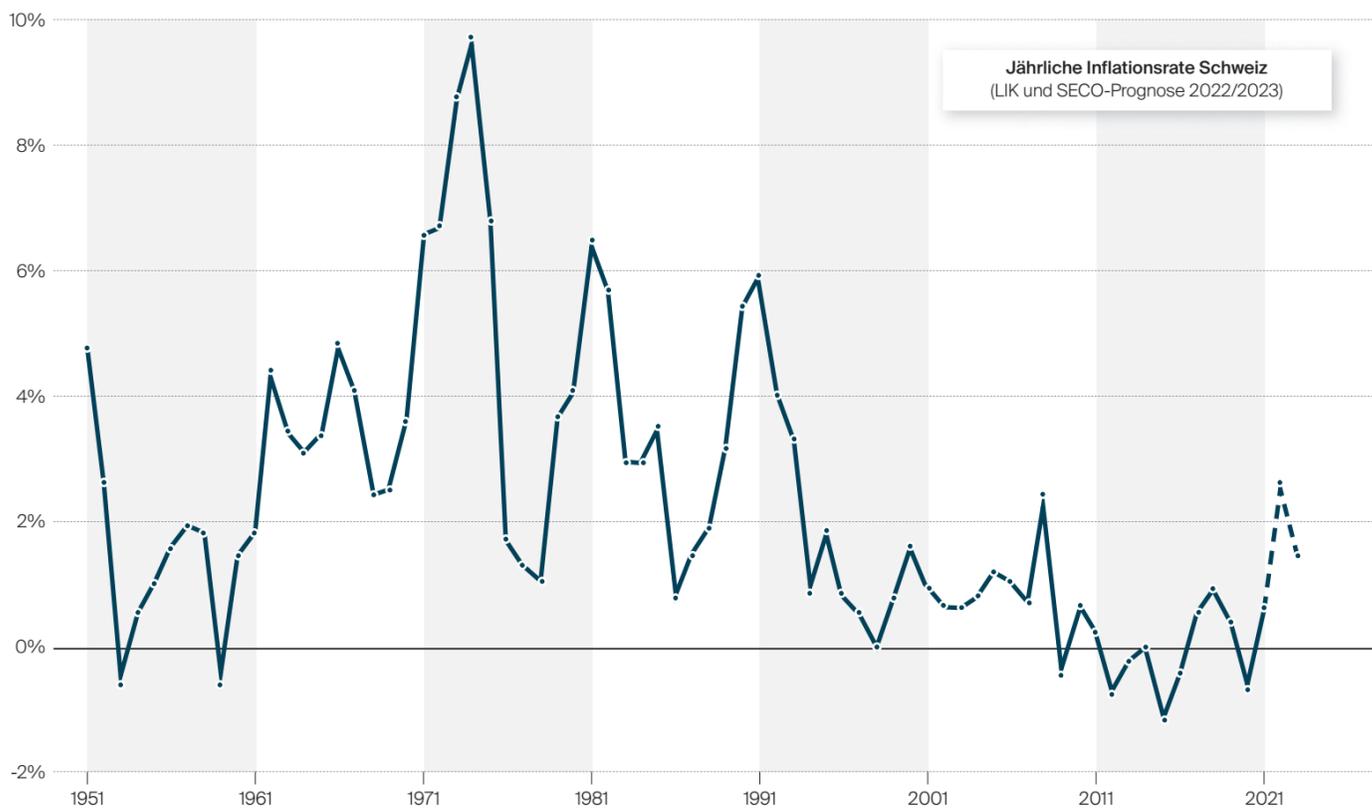
weiterhin eine valable Adresse für Kapitalplatzierungen zu bleiben.

Bereits im Jahr 2016 veröffentlichte die VLGST eine Information für Stiftungsräte gemeinnütziger Stiftungen namens «Nachhaltig Investieren». Heute, sechs Jahre später, sprechen wir von einem deutlich veränderten, weitaus transparenteren Marktumfeld. In diesem Fall hilft die Regulatorik dabei, allfällige Barrieren infolge von Risiküberlegungen (Intransparenz/Greenwashing) zu reduzieren, und fördert damit den Gang zu neuen Ufern. Unter diesen Voraussetzungen braucht es keinen Mut zu nachhaltigem Investieren. Vielmehr kommt man an Nachhaltigkeit rund um Finanzanlagen nicht mehr vorbei. Von der ESG-/SDG-Integration über Normen- und Ausschlusskriterien bis hin zu einer direkten oder indirekten Mitgestaltung der Unternehmenspolitik (bspw. Proxy Voting) sind die Berücksichtigungsmöglichkeiten von Nachhaltigkeitsaspekten heutzutage weitgehend. Es ist zu empfehlen, sich unter Beizug eines Finanzberaters aktiv mit dem Thema auseinanderzusetzen.



Markus Büchel
Mitglied des VLGST-Vorstands

Zinswende zur Inflationsbekämpfung



Quelle: Bundesamt für Statistik, SECO; Grafik: Stefan Aebi

Überraschend hat die SNB vor der EZB die Leitzinsen angehoben, von -0,75 % auf -0,25 %. Mit der Zinswende räumt die SNB der Inflationsbekämpfung steigende Priorität ein. Der SNB-Leitzins lag seit 2015 bei -0,75 %, nachdem er 2008 bei etwa 3 % und zu Beginn der 1990er-Jahre noch bei fast 10 % war.

Die Inflation hat sich weltweit erhöht aufgrund der Lieferkettenprobleme, des Ukraine-Kriegs und den fiskal-/geldpolitischen Stützungsmaßnahmen in der Coronapandemie. Damit stieg der Druck auf die Notenbanken, die Leitzinsen zu heben.
In der Schweiz ist die Inflation

zwar traditionell tief, aber mittlerweile auf über 2 % angestiegen, wie obiger Abbildung des Landesindex für Konsumentenpreise zu entnehmen ist. Dabei spielen die Rohstoffpreise eine wichtige Rolle. Dies war auch in den drei historischen Ölpreisschocks beobachtbar, als die Inflation sogar bei 6 % bis 10 % lag.



Andreas Brunhart
Ökonom am Liechtenstein-Institut

Gastkommentar

Preissignale zudecken?

Haben wir uns daran gewöhnt, dass der Staat in schwierigen Zeiten seine rettende Hand ausstreckt? Jedenfalls ist es zurzeit beliebt, angesichts der steigenden Preise Entlastungen für Haushalte und Firmen zu fordern. Von links bis rechts werden in etlichen Ländern Massnahmen vorgeschlagen, wie z. B. Steuersenkungen auf Treib- und Brennstoffe, Pauschalzahlungen an die Bevölkerung oder die Reduktion von Krankenkassenprämien. Und weitere Diskussionen und Initiativen zur Dämpfung von Preisschüben werden folgen.

Um gleich Klartext zu reden: Die Politik kann die Bevölkerung nicht von der Last höherer Energiepreise befreien. Selbst wenn der Benzinpreis dank Steuersenkungen sinken sollte, weckt das nur die Illusion einer Entlastung. Denn jemand bezahlt immer – und es ist nicht das Christkind. Eine Senkung der Steuern bewirkt einen Einnahmerückgang beim Staat. Deshalb muss er entweder Ausgaben kürzen, also sparen, oder sich verschulden. Sparprogramme tragen die davon Betroffenen, und höhere Schulden, die in Zukunft bedient werden müssen, sind durch Steuern zu finanzieren. Entweder belastet die Politik also dieselben Personen, die sie mit der Steuersenkung beglücken wollte, oder dann die kommende Generation.

Was ist nun teurer, heute mehr für den Benzinpreis zu zahlen oder morgen den Tankrabatt über Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen auszugleichen? Wer Subventionen oder Steuersenkungen fordert, ist also nicht per se ein «Gutmensch». Entlastungen zu verlangen ist das eine, auch offen dazu stehen, wer sie bezahlen soll, wäre das andere. Eigentlich würde das die Redlichkeit verlangen.

Der Staat kann also die Last höherer Energiepreise nicht aus der Welt schaffen, sondern höchstens umverteilen. Dabei kann eine Umverteilung angebracht sein. Denn nicht allen fällt es gleich leicht, die höheren Energiepreise zu tragen. Deshalb kann eine gezielte Entlastung des besonders betroffenen Anteils der Bevölkerung ins Auge gefasst werden. Nicht verschwiegen werden dürfte dabei, dass der andere Anteil der Bevölkerung nicht nur die höheren Preise selbst zu tragen hat, sondern auch die gewährten Tankrabatte.

Generelle Steuersenkungen auf Treibstoffpreise aber sind der falsche Weg. Neben fragwürdigen Verteilungswirkungen setzen sie die Signalfunktion von Preissteigerungen ausser Kraft. Denn steigende Preise signalisieren Knappheiten und lösen bei Konsumenten Verhaltensänderungen zum sparsameren Umgang mit knappen Ressourcen aus. Steigende Preise sorgen auch für Anpassungen auf der Angebotsseite. So begünstigen sie die Anbieter von alternativen Energien und fördern Innovationen.

Aus volkswirtschaftlicher und klimapolitischer Sicht sind generelle Tankrabatte unsinnig, um nicht zu sagen grotesk. Anstelle der Senkung von Mineralölsteuern könnte auch eine Senkung der CO₂-Steuer gefordert werden. Das tut niemand, obwohl es den gleichen Effekt hätte. Aber der Zielkonflikt zwischen «tiefen» Treibstoffpreisen und Klimaschutz würde dann peinlich offensichtlich.



Peter Eisenhut
Ökonom und Präsident der Stiftung Zukunft.li